

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

6 (11.2.1948)

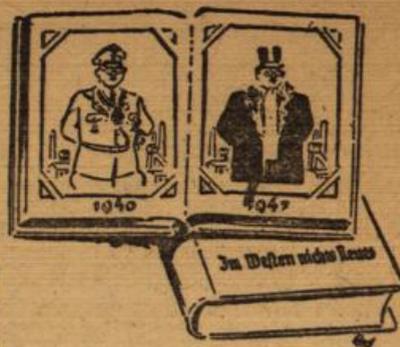
Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 6

Mannheim, 11. Februar 1948

Preis 15 Pfg.



Spaltung Deutschlands in vollem Gange

Verkündung über „Neuordnung“ der Bizonen-Verwaltung — Protest der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die britische und amerikanische Militärregierung hat am Freitag die Charta über die Umbildung der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung veröffentlicht. Innerhalb von 14 Tagen nach dem 9. Februar müssen zu den bisherigen 52 Mitgliedern des Wirtschaftsrates durch die Landtage weitere 52 Abgeordnete gewählt werden, und zwar je ein Abgeordneter auf 750 000 Einwohner. Selbstverständlich ist dies keine sonderlich demokratische Zusammensetzung einer Institution, die praktisch einer westdeutschen Regierung gleichkommt. In der Charta werden eingehend die verschiedenen Funktionen und Kompetenzen festgelegt, die den einzelnen Organen der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung, nämlich dem Wirtschaftsrat, dessen Gesetze Landesrecht brechen, dem Länderrat, der als Vertretung der Interessen der Länder rein beratend wirkt, dem Exekutivrat und verschiedenen zusätzlichen Verwaltungen zukommen.

Landesverrat?

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen kam es am Freitag zu erregten Debatten über die Frage, ob die Mitarbeit an den Frankfurter Beschlüssen als Landesverrat gelte oder nicht. Tags zuvor hatte Abgeordneter Dr. Adenauer (CDU) erklärt, daß die CDU mit der Frankfurter Regelung nicht einverstanden sei, da sie keine Besserung der materiellen Lage der Deutschen bringe.

Charta der Spaltung

Der „Vorwärts“ weist in seinem Kommentar auf die Feststellung Walter Ulbrichts (SED) anlässlich der Bildung des Wirtschaftsrates hin, daß dieser keine einzige Schnittlinie mehr einbringen werde. Die neue Charta wird keine Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung bringen, sondern sie ist nur eine Kulisse hinter der ausländische Kräfte die Gräben vertiefen und verbreitern, die Deutschlands politische Einheit verhindern sollen. Schwere Verantwortung haben diejenigen deutschen Politiker auf sich genommen, die an dieser Zerreißung Deutschlands aktiv mitwirkten oder zu ihr schwiegen.

Westdeutschland eine USA-Kolonie

Die eigentlichen Absichten, die mit der Neubildung der Bizonen-Verwaltung verfolgt werden, treten offen zu Tage in einem Bericht, des von dem Abgeordneten Case geleiteten Sonderausschusses an den Kongreß. Er fordert die Bildung einer westdeutschen Regierung, die Erhöhung des Einflusses der USA auf Verwaltung und Politik der Westzonen, Billigung des Anschlusses des Saargebietes an Frankreich, Einstellung der Entnazifizierung und die Unterstellung der deutschen Industrie unter die Leitung ihrer früheren Besitzer, d. h., der alten Kriegstreiber.

17 Länder — 169 Minister

In den 17 deutschen Ländern gibt es bereits wieder 169 Minister. Davon gehören 53 der CSU/CDU an, 55 der SPD, 22 der LDP/FDP, 28 der SED, 7 der KPD und je zwei der NLP und dem Zentrum. Diese Aufstellung zeigt, mit welcher riesengroßen schwerfälliger Beamtenmaschinerie eine einheitliche Entwicklung in Deutschland heute belastet ist. („Der Allgäuer“)

So lebt man im Zwei-Zonen-Amt

(EB) Gegen eine Markenabgabe von wöchentlich 25 g Fett, 75 g Fleisch, 400 g Brot und 100 g Nahrungsmittel erhalten die Beamten und Angestellten der bizonalen Behörden täglich ein komplettes Frühstück, Mittag- und Abendessen. Die ihnen verbleibenden restlichen Marken können sie zusätzlich in Anspruch nehmen.

Das Frühstück besteht aus: 4 Scheiben Brot, ein kleines Schälchen mit Vierfrucht — Marmelade mit ganzen Früchten.

Zum Mittagessen gibt es: Fleischbrühe oder Hühnerbrühsuppe als Vorspeise, als Hauptmahlzeit Erbsen, Mohrrüben, Fleischgerichte mit mindestens 125 g Fleisch oder ein großes Ei-Omelett sowie Dessert in Form von Schneeis oder Pudding, sowie Käsebrot.

Als Abendbrot werden Vorspeise, Hauptgang Fisch oder Fleisch, Dessert wie mittags gereicht.

Es geht um Deutschland!

Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Unter dem 6. Februar 1948 veröffentlichten die Landesvorstände der KPD in den Westzonen eine Erklärung, in der es heißt:

Die Spaltung Deutschlands ist proklamiert! Das un-demokratische Scheinparlament, der Wirtschaftsrat und stärker noch der wirtschaftlich-unpolitisch getarnte Verwaltungsrat, sind in Wirklichkeit die Fundamente einer separatistischen Westregierung. Deutsche Ministerpräsidenten und Parteiführer, die sich hinter der Verantwortlichkeit der Militärregierungen verschanzen, haben der ausländischen Reaktion geschickt die Bälle gespielt. Sie haben bewußt die Einheit Deutschlands zur Verwirklichung des Marshallplanes geopfert. Bewußt verfolgen sie den Plan, den Westen Deutschlands in ein Protektorat der amerikanischen Hochfinanz im Rahmen des geplanten Westblocks zu verwandeln.

Ein westdeutscher Staat kann ohne aktive Vorarbeit und ohne tätige Hilfe von Deutschen von keiner Kraft der Erde geschaffen werden. Deutsche Politiker aber haben die demokratischen Rechte des deutschen Volkes mißachtet und ohne den Auftrag des deutschen Volkes die Proklamation erst ermöglicht. Wenn sie, bedrängt von der Stimmung des Volkes, heute die Verantwortung auf die Militärregierungen abzuschieben versuchen, so wird sie die Geschichte trotzdem nicht von ihrer historischen Schuld freisprechen.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die eine gesamtdeutsche Zentralverwaltung vorsahen, werden einseitig gebrochen. Die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland wird sich genau so wenig bessern wie nach dem Zusammenschluß der beiden Westzonen im vergangenen Jahr, son-

dern sie wird sich noch weiter verschlechtern. Die für Westdeutschland geplante Währungsreform auf der Dollarbasis, bei der nicht die Reichen zahlen müssen, vergrößert das Elend der Massen unerträglich.

Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Deutschlands, so heißt es in der Erklärung, wird sich das gesamte werktätige deutsche Volk niemals mit der jetzt geschaffenen Lage abfinden.

Mit elementarer Gewalt wird sich die Volksbewegung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden über alle Zonengrenzen hinweg entwickeln. Ihre Träger werden die wahrhaften Patrioten sein. Entschlossen werden sie sich zum nationalen Widerstand zusammenfinden. Das deutsche Volk wird die Forderung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands keine Stunde mehr von der Tagesordnung absetzen lassen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft alle, denen das Schicksal unseres Volkes heilig ist, in dieser ersten Stunde auf, sich in der großen gemeinsamen Verpflichtung zu einen, den Kampf um die Einheit, die Freiheit und die Unabhängigkeit unserer Heimat aufzunehmen. Sie schlägt die unverzügliche Bildung eines gesamtdeutschen Konsultativrates vor, der die Aufgabe hat, die uns von den Alliierten zugesagte deutsche Zentralverwaltung zu schaffen, Richtlinien für die baldige Wahl einer deutschen Nationalversammlung auszuarbeiten und eine Volksabstimmung durchzuführen, die den unerschütterlichen Willen unseres Volkes zur Sicherheit Deutschlands bekunden wird.

Es lebe die ungeteilte demokratische deutsche Republik.

Deutscher Volkskongreß

Deutsche Volksbewegung!

Volkskongreß u. demokratische Grundrechte

(E. B.) Der ständige Ausschuß des Deutschen Volkskongresses hat ein von Dr. Wilhelm Külz (LDP), Wilhelm Pieck (SED) und Otto Nuschke (CDU) unterzeichnetes Schreiben an die Militärregierungen und an den alliierten Kontrollrat gerichtet, in dem gegen die Verbote der Volkskongresse in Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen Protest erhoben wird. Es heißt darin: „Diese Verbote widersprechen nicht nur den in dem Potsdamer Abkommen der alliierten Mächte vom Juli 1945 dem deutschen Volke zugesicherten demokratischen Grundrechte, sondern sie sind auch geeignet, die Neugestaltung Deutschlands auf einer einheitlichen demokratischen und friedlichen Basis zu erschweren.“

Volksbewegung lebt trotz Verbot

Der Landesvorstand Württemberg-Baden der KPD hat in seiner Sitzung vom 7. Februar einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Landesvorstand begrüßt die Bewegung des deutschen Volkskongresses, die über Partei- und Zonengrenzen hinweg alle fortschrittlichen Deutschen im Kampf um Einheit und Frieden zusammenführt.

Das Verbot der Volkskongresse in den Westzonen verstößt gegen die demokratischen Grundrechte. Die Volksbewegung, der Wille zur Einheit, lebt umso stärker und wird auch in einer wachsenden Teilnahme am 2. Volkskongreß am 18. März in Berlin ihren Ausdruck finden. Die KPD Württemberg-Badens setzt ihre ganze Kraft ein, um diese Volksbewegung zu unterstützen und zu fördern.

Wir hören den Volkskongreß

Auf Welle 415 gibt der Berliner Rundfunk jeden Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 22.15 Uhr bis 22.30 Uhr und jeden Sonntag von 17.45 Uhr bis 18 Uhr Meldungen und Berichte über die deutsche Volkskongreßbewegung unter dem Titel „Für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden“.

„Die deutsche Industrie soll wieder unter die Leitung ihrer früheren Besitzer gestellt werden.“

(Aus dem 7-Punkte-Programm des USA-Sonderausschusses.)

Vorwärts zur deutschen Gewerkschaftseinheit

(E.B.) Die 7. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften, die am 3. Februar in Dresden eröffnet wurde, hat einstimmig beschlossen, alle deutschen Gewerkschaftsbünde zu einem Zentralrat der deutschen Gewerkschaften zusammenzufassen. Der entscheidende Schritt zur deutschen Gewerkschaftseinheit und damit zur Aufnahme der deutschen Gewerkschaften in den großen Weltgewerkschaftsbund ist damit eingeleitet.

Louis Saillant, der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, erklärte hierzu: „Ich wußte, daß diese Interzonenkonferenz für die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften von außerordentlicher Bedeutung sein wird. Ich hoffe, daß bis zum Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes im September d. J. die Einheit der deutschen Gewerkschaften Wirklichkeit geworden ist. Dann steht nichts mehr dem Wunsche entgegen, sie als gleichberechtigte Mitglieder unter den Vertretern der anderen Länder in den WGB aufzunehmen.“

Die Bildung des Zentralrates ist nicht nur ein bedeutender Beitrag zum Weltfrieden, sondern auch ein entscheidender Schritt zur Einheit Deutschlands. Wenn die Millionen gewerkschaftlich organisierter deutscher Arbeiter, unterstützt und getragen von der internationalen Solidarität der Arbeiter, entschlossen diesen Weg gehen, so ändert daran auch nichts das durch die französische Militärregierung ausgesprochene Verbot der Teilnahme von Gewerkschaftsdelegierten aus der französischen Zone an der Delegiertenkonferenz, im Gegenteil, seine Bedeutung wird dadurch noch unterstrichen. Die Gewerkschaften der französischen Zone sicherten denn auch in einem Telegramm weiterhin ihre unermüdete Arbeit für die deutsche Gewerkschaftseinheit zu.

In einem Interview nahm, wie die HVZ berichtet, der Generalsekretär des WGB, Louis Saillant, nochmals Stellung zu verschiedenen Versuchen, störend in die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzugreifen. So wies er die Behauptung des Organs der amerikanischen Militärregierung „Neue Zeitung“, daß der prinzipielle Anschluß der deutschen Gewerkschaften an den WGB nicht der Wirklichkeit entspräche, mit der Feststellung zurück, daß in Prag am 7. Juni 1947 einstimmig, einschließlich der CIO-Vertreter, beschlossen wurde, den Beitrittsantrag der deutschen Gewerkschaften zum WGB im Prinzip anzunehmen.

Leider scheint auch die amerikanische Militärregierung noch nicht ganz das nötige Verständnis für die Erfordernisse der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufzubringen, denn aus einer Meldung der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 3. Februar wird bekannt, daß Mr. McClusk vor Gewerkschaftlern des amerikanischen Sektors in Berlin erklärte, es sei eine Richtlinie für die amerikanische Militärregierung, erst nach der Gewerkschaftseinheit Deutschlands der Einheit der deutschen Gewerkschaften zuzustimmen. Louis Saillant sprach demgegenüber die Absicht des WGB aus, die Besatzungsbehörden zu bitten, der Entwicklung internationaler Beziehungen der deutschen Gewerkschaften kein Hindernis entgegenzustellen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Jeder deutsche Werktätige, gleich in welcher Besatzungszone, kann und wird die Feststellung Louis Saillants auf die Behauptung der „Neuen Zeitung“, daß die Interzonenkonferenz keinen offiziellen Charakter habe, voll und ganz unterstreichen: „Wenn man unter offiziell einen Organismus versteht, der von der Regierungsgewalt abhängen würde, dann bin ich in der Tat der Meinung, daß die Interzonenkonferenz und ihre Teilnehmer nur von den deutschen Gewerkschaften selbst abhängen müssen.“

„Unsere Vorräte stellen geradezu eine Last dar“

Der USA-Landwirtschaftsminister Anderson bestritt die Richtigkeit der Behauptung, das europäische Hilfsprogramm werde das Qualitätsniveau der amerikanischen Ernährung senken, und meinte, von einigen Lebensmitteln sei so viel da, daß die Vorräte geradezu eine Last darstellten.

Belastungszeugen gesucht!

Am 20. Februar 1948, vormittags 10 Uhr, findet in Ludwigsburg, frühere Fromman-Kaserne, die Spruchkammer-Verhandlung gegen den ehemaligen Leiter der Mannheimer Gestapo, Adolf Gerst, statt.

Wir ersuchen nochmals alle Personen, die wesentliche Aussagen gegen Gerst machen können und wünschen, als Zeugen bei diesem Termin gehört zu werden, sich umgehend auf der Geschäftsstelle der VVN Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, zu melden.

1318 Kalorien täglich

(EB) In der Stuttgarter Gemeinderatsitzung vom 2. Februar erklärte der Leiter des Stuttgarter Ernährungsamtes, Boßler, der Tagesdurchschnitt für einen Normalverbraucher habe in Stuttgart im Jahre 1946 1406 Kalorien betragen. Für 1947 sei er mit 1318 Kalorien um 100 Einheiten niedriger.

Den gegenwärtigen Rationssatz in Württemberg-Baden gab Landwirtschaftsminister Stooß in der letzten Landtagsitzung mit 1370 Kalorien täglich an.

Horst Wessels Schwester — Kinderheimleiterin

Die Schwester des berüchtigten Nazihelden Horst Wessel, Frau Dr. Inge Wessel-Sanders, hat vor kurzem die Leitung eines Kindersanatoriums auf der Insel Norderney übernommen. Sie ist Verfasserin des Buches „Mein Bruder Horst“ und dürfte mit dieser „Heldenverherrlichung“ wohl genügend bewiesen haben, daß sie keine andere Auffassung von Nationalsozialismus hatte als er.

Trotzdem erfolgte ihre Entnazifizierung durch die Spruchkammer in Hagen-Weser.

Die zuständige VVN-Organisation hat bei der britischen Militärregierung Protest erhoben. („Der Weg“)

Kreiskonferenzen am Sonntag, den 15. Februar

Stadt- und Landkreis Mannheim, morgens 10 Uhr, im Speisesaal der Motorenwerke, Ecke Waldhof- u. Karlsruherstraße.

Stadt- und Landkreis Pforzheim, morgens 8 Uhr, im Lokal „Zähringer Löwen“.

Stadt- und Landkreis Karlsruhe, morgens 9 Uhr, im Lokal „Elefanten“, Kaiserstraße.

Stadt- und Landkreis Bruchsal, im Parteihaus, Durlacher Straße 2, nachmittags 14 Uhr.

Stadt- und Landkreis Heidelberg, morgens 10 Uhr, im Lokal „Deutsche Eiche“, Mittelbadgasse.

Auf allen Kreiskonferenzen spricht ein Vertreter der Landesleitung Stuttgart, ebenso ist ein Vertreter des Bezirksvorstandes anwesend. Orts- und Betriebsgruppen schicken ihre Vertreter wie im Rundschreiben bekanntgegeben.

Agrarkonferenz der KPD

am 14. Februar, 9—15 Uhr, in Stuttgart-Obertürkheim, Augsburgstr. 684 (Alte Mühle). Abfahrt der Teilnehmer: Mannheim, 5.14 Uhr, Hauptbahnhof; Heidelberg, 6.30 Uhr, Stehberghalle am Bahnhof; Bruchsal, 7 Uhr, Bahnhof; Sinsheim, 7.30 Uhr, Hauptstraße 38; Wertheim, 5.45 Uhr, Firma Dosch; Tauberbischofsheim, 6.15 Uhr, Marktplatz; Buchen, 7 Uhr, Bahnübergang; Mosbach, 7.45 Uhr, Marktplatz.

„Verschwenderische“ Winterhilfe

(EB) Auf Initiative der Kommunistischen Partei hatte der württembergisch-badische Landtag am 12. Dezember einstimmig beschlossen, bedürftigen Kriegsversehrten und Hinterbliebenen, Angehörigen von Kriegsgefangenen und Vermissten, Neubürgern, Fürsorgeempfängern, Fliegergeschädigten und sonstigen Bedürftigen eine einmalige Winterbeihilfe bis zu RM 100.— zu gewähren. Die Winterbeihilfe wäre zweifellos zu einem großen Teil solchen Personen zugute gekommen, die bis heute noch keine Unterstützung, auch nicht in Form ausländischer Geschenkpakete erfahren haben. Auf eine große Anfrage der Kommunistischen Fraktion mußte jedoch in der Landtagssitzung vom 6. Februar der Innenminister bekanntgeben, daß die Regierung den Landtagsbeschuß nicht durchführen könne, weil die Militärregierung ihre Zustimmung zur Gewährung einer Winterbeihilfe an Bedürftige verweigere.

Angriff auf die Zulagekarten der Beschäftigten

Minister Stooß wird berichtigt! / Warum nur 1200 Kalorien statt 1800?

In der Landtagssitzung am Mittwoch, dem 4. Februar 1948, hielt der Ernährungsminister Stooß seine übliche Rede über die Unmöglichkeit, die Lebensmittelzuteilung der werktätigen Bevölkerung zu verbessern, er erklärte im Gegenteil, daß weitere Abzüge unvermeidlich seien. Zum Schluß seiner Rede gab er folgendes bekannt:

1. Die Einbeziehung der Angestellten in das Zulagewesen sei für absehbare Zeit nicht möglich.

2. Die Brotration müsse in Württemberg-Baden von 10 000 g auf 9000 g herabgesetzt werden.

3. Eine Belieferung mit den zuzustehenden Fettportionen könne er nicht versprechen.

Minister Stooß beschäftigte sich dann mit dem Zulagewesen und unternahm einen offenen Angriff auf die Zulagekarten der arbeitenden Bevölkerung.

Er sagte: Die Nahrungsmittel, die gegenwärtig ausgegeben werden, enthalten 1200 Kalorien, so daß jeder Normalverbraucher nicht wie amtlich vorgesehen, 1550 Kalorien, sondern nur etwa 1200 Kalorien erhält. Er sei in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit wiederholt deswegen angegriffen worden, weil nur 1200 Kalorien ausgegeben werden, während nach amtlichen Darstellungen aus amerikanischen Lieferungen pro Person und Tag 900 Kalorien und aus einheimischen Erzeugnissen 950 Kalorien, zusammen also 1850 Kalorien pro Person zur Verfügung ständen. Die fehlenden Lebensmittelmengen kämen aber nach seiner Auffassung nicht etwa in schwarze Kanäle, sondern werden für das Zulagewesen benötigt. Die geringe Zuteilung an Normalverbraucher sei darauf zurückzuführen, daß das bestehende Zulagewesen von der Gesamtlebens-

Unter starker Unruhe des Hauses verlas Innenminister Ulrich die Begründung der Militärregierung, in der die Vorlage als verschwenderisch und extravagant, nicht konstruktiv und nicht demokratisch bezeichnet wurde, weil sie die wirklichen Bedürfnisse der einzelnen Personen nicht in Betracht ziehe, sondern nur Kategorien und Gruppen berücksichtige. Für die SPD-Fraktion drückte Abg. Gehring sein höchstes Erstaunen über die Art der Begründung aus, die als nicht beweiskräftig angesehen werden könne. Abgeordneter Leibbrand (KPD) hielt sie für unglaublich und wies den Vorwurf der Verschwendung mit dem Hinweis darauf zurück, daß ja der erforderliche Betrag nur ein Viertel des Aufwands von 40 Millionen RM für die „Kategorie oder Gruppe“ der „Verschleppten“ ausmache. Trotz der Ablehnung der Militärregierung müsse der Finanzausschuß im Einvernehmen mit der Regierung erwägen, wie man den Bedürftigen sofort helfen könne.

Angriff auf die Zulagekarten der Beschäftigten

mittelmenge zu viel wegnimmt. Wenn das Zulagewesen abgeschafft würde, könne man jedem Normalverbraucher Lebensmittel im Werte von 1700 bis 1800 Kalorien zuteilen.

Diese Darstellung blieb deswegen un widersprochen, weil dem Abgeordneten Schreck durch Mehrheitsbeschluß das Wort nicht erteilt wurde.

Die Behauptung des Ministers Stooß entbehrt jeder sachlichen Grundlage und ist deswegen ungeheuerlich, weil sie der hungernden Bevölkerung nicht nur keinen Ausweg zeigt, sondern geeignet ist, die Normalverbraucher gegen die werktätige Bevölkerung, die Zulagekarten erhält, aufzuheizen.

Zur Steuer der Wahrheit sei folgendes öffentlich festgestellt: Das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe hat soeben einen Sonderbericht für das Jahr 1947 veröffentlicht, in welchem das Zulagewesen in Baden statistisch genau erfaßt ist. Diese Statistik umfaßt alle Zulagearten und das gesamte Jahr 1947 und kommt zu dem Ergebnis, daß die Nahrungsmittelmenge, die in Baden für Zulagen ausgegeben wird, nur 6,7 Prozent der zur Verteilung kommenden Nahrungsmittelmengen ausmacht. Dieses statistische Material widerlegt die Behauptung des Ministers Stooß in vollem Umfange, da nach dessen Berechnungen mehr als 30 Prozent der zur Verfügung stehenden gesamten Lebensmittel für Zulagekarten ausgegeben werden.

In der gegenwärtigen Zeit kann nicht geduldet werden, daß ein Minister dem Landtag einen wahrheitswidrigen Bericht gibt, um so mehr, wenn derselbe geeignet ist, größte Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen. Wir überlassen das Urteil dem werktätigen Volke.

- Schr -

„Speisekammergesetz“ abgelehnt

Der württembergisch-badische Landtag hat in seiner Sitzung am 4. Februar einstimmig das sogenannte „Speisekammergesetz“ abgelehnt. Landwirtschaftsminister Stooß erklärte dazu, es fehle ihm für das Speisekammergesetz jedes Verständnis. Anderer Meinung scheint allerdings der Zonensekretär der Gewerkschaften, Fritz Tarnow, zu sein, der lt. RNZ vom 27. Januar erklärte, man müsse „das Ergebnis der Bemühungen abwarten, die der Frankfurter Wirtschaftsrat durch neue Maßnahmen zur schärferen Erfassung der Bestände und eine gerechte Verteilung gegenwärtig unternimmt“, eine Auffassung und Haltungspolitik, die dem Ansehen der Gewerkschaften in der Arbeiterschaft nur abträglich sein kann.

Während General Clay bereits vor einigen Tagen ankündigte, daß das Papier für die Speisekammer-Fragebogen vom Kontingent der Presse abgezweigt werden müsse, teilt jetzt das bayerische Ernährungsministerium mit, daß allein in Bayern die Durchführung des Speisekammergesetzes die Ausgabe von 4 Millionen Fragebogen notwendig macht, 1,5 Millionen Mark Mehrausgaben entstehen in der Durchführung des Gesetzes. Tausende von Speisekammerkontrolluren müssen eingestellt werden, und die mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Ernährungsämter können 3 Wochen lang keine laufenden Aufgaben mehr erledigen. Aber vielleicht zeigt es sich dann, daß es auch ohne dies geht. Jedenfalls ist die Frage berechtigt, was dieses absolut undemokratische sogenannte Gesetz überhaupt für einen Wert haben soll, wenn aus den Fragebogen nicht einmal ersichtlich sein wird, wieviel „schwarze“ Lebensmittel beispielsweise in einem Einzelhandelsgeschäft lagern. Man möge endlich einmal aufhören, die Bevölkerung immer wieder mit Fragebogen aller Art zu behelligen. Von Papier wird man nicht satt. Zudem hat, wie gesagt, unser württembergisch-badischer Landtag das Speisekammergesetz abgelehnt. Es entsteht also die staatsrechtliche Frage, ob ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da man sich nicht genug tun kann, den Föderalismus in allen Tonarten anzupreisen, irgendeine zentralistisch-autoritäre Instanz in Frankfurt oder anderswo, die vom deutschen Volke weder gewählt noch berufen ist, den Ländern und ihrer Bevölkerung ein solches Zerrbild eines Gesetzes, wie das Speisekammerdiktat aufzwingen kann, oder ob die Bevölkerung das Recht hat, die Beantwortung der Fragebogen im Namen der Eigenständigkeit der Länder zu verweigern. Nebenbei, nicht nur uns kommt der heftige Wunsch an, die ominösen Fragebogen der unfähigen, sabotierenden und bankerotten Ernährungsbürokratie mit einem bekannten Zitat aus „Götz von Berlichingen“ versehen zurückzureichen.

-t-

Unter der Lupe

Kulturkampfapostel in Hockenheim

Die Bürgermeisterwahl in Hockenheim machte eine Stichwahl zwischen dem CDU-Kandidaten Grein und dem Sozialdemokraten und bisherigen Bürgermeister Franz Hund erforderlich. Nachdem der CDU-Mann mit seinen persönlichen Angriffen gegen Hund einen Reifall erlebte, stellt die CDU die Wahlkampfparolen in demagogischer Weise um. Aus dem Kampf zweier Männer wurde ein Kampf „Christentum gegen Marxismus“ konstruiert. Dabei mußte es jedem Bürger von Hockenheim klar sein, daß weder die sozialdemokratische noch die kommunistische Partei, die sich für Hund entschieden; noch die vielen Hund-Wähler aus gut evangel., kath. und demokratischen Kreisen mit der Wahl des Sozialisten Hund einen Kampf gegen Kirche oder Religion entfesseln wollten. — Genau so eindeutig konnte jeder Hockheimer feststellen, daß in den vergangenen Jahren weder die sozialdemokratische noch die kommunistische Partei in irgendeiner Weise gegen die Kirche Stellung genommen hat.

Wir greifen diesen Fall auf, weil er unseren Lesern eine typische Methode bestimmter CDU-Demagogen aufzeigt, die um der Vorteile einer kleinen Clique wegen vom Kulturkampf sprechen, um damit in die christlichen Kreise Verwirrung zu tragen. — Die endgültige Wahl des Sozialisten Hund zum Bürgermeister hat gezeigt, daß der größte Teil der Bevölkerung und vor allem auch christliche Menschen von diesen demagogischen Machenschaften gewisser CDUler abrücken. An der CDU in Hockenheim liegt es nun, ihre Partei von solchen Demagogen zu säubern, da man sonst, nach dem Sprichwort „Zeige mir, mit wem du umgehst . . .“ auf die gesamte Hockheimer CDU schließen muß.

Ein politischer Akrobat!

In Laudenbach an der Bergstraße betreibt ein gewisser Christian Hermann Schmidt ungestört eine Waschmittelfabrik. Herr Schmidt ist ein wendiger Herr.

Im Reiche des genialen Führers brachte er es fertig, von der Kreisleitung der NSDAP Mannheim ein Empfehlungsschreiben zu erlangen, das ihm überall die Türen öffnete. In diesem Schreiben bestätigte die Kreisleitung, daß Schmidt „seinen vollen Einsatz für die Kriegswirtschaft erfüllt“ und daß „die politische Zuverlässigkeit voll gegeben“ ist.

Das hinderte den Biedermann aber nicht daran, sofort nach dem Einmarsch der Amerikaner in Laudenbach einen antifaschistischen Vortrag zu halten.

In seinem Fragebogen behauptete er, daß er zweimal aus politischen Gründen in Schutzhaft war. Obwohl er für diese Behauptung keinerlei Unterlagen hatte und er auch auf der Kreisstelle der VVN vollkommen unbekannt ist, schien ihm die Spruchkammer Weinheim gerne Glauben zu schenken. Dabei kann man nicht einmal annehmen, daß der Spruchkammer der wahre Sachverhalt unbekannt war. Als Belastungszeuge gegen Schmidt trat ein früherer Angestellter auf, dessen Zeugnis aber nicht angenommen wurde. Unter formaljuristischer Begründung wurde das Verfahren eingestellt.

Wie verhält es sich doch mit dem Fischernetz? Das Netz ist so geflochten, daß die kleinen Fische durchschlüpfen und die großen hängen bleiben. Mit dem Entnazifizierungsnetz verhält es sich aber so, daß die Großen durchschlüpfen und die Kleinen hängen bleiben.

Wir gratulieren der Spruchkammer Weinheim: Herr Schmidt ist nämlich jetzt Beisitzer dieser Spruchkammer.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 2, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. — Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. — Auflage: 29 000.